

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin,
Staub und Berg von Rudolf Wolff in Berlin.

Dr. Simons über Deutschlands bedrohte Neutralität.

Die Erklärung des Ministers Simons

E. D. Der Reichstag sollte heute vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammentreten, um das Entwaffnungsgesetz in dritter Lesung zu verabschieden. Die dritte Beratung der Vorlage konnte erst heute auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil die unabhängigen Sozialdemokraten Einspruch gegen eine Verlesung des Gesetzes in allen drei Lesungen unmittelbar hintereinander erhoben hatten. Gestern hatten sie zusammen mit den Kommunisten die Strafe aufgerufen, um noch im letzten Augenblick durch Massenfundgebungen einen Eindruck auf das Parlament zu machen und das Entwaffnungsgesetz, das sie für ein „Antirevolutionsgesetz“ erklärten, zu vereiteln. Indessen war die Beteiligung an dieser Kundgebung im Berliner Lustgarten so auffallend gering, daß der Effekt nach außen völlig ausblieb. Trotzdem beabsichtigten die unabhängigen auch in der heutigen Sitzung gegen die Verabschiedung des Gesetzes Obstruktion zu treiben. Das war, als es heute vormittag kurz nach zehn Uhr zum Parlament, auf den Verlauf der Sitzung recht gespannt. Der Reichstagspräsident Fehrenbach war erschienen, ferner der Vizekanzler Dr. Heinze, der Reichsminister des Innern Koch und der Außenminister Dr. Simons. Das Massentreiben der Abgeordneten dieses allerdings kaffende Läden auf, da ein Teil der Mitglieder bereits in die Ferien gegangen und nach Hause gefahren war. Die Ferienstimmung war trotz der mit Elektrizität geladenen Atmosphäre unerkennbar. Gleich als erster Redner erklärte der unabhängige Abgeordnete Rosenfeld unter allgemeiner Unruhe des Hauses, daß seine Partei das Zustandekommen des Gesetzes mit allen Mitteln verhindern werde. Das war in aller Form eine Ankündigung schärfster Obstruktion.

Aber es sollte anders kommen. Der Außenminister Dr. Simons erhob sich sofort, um seinem Vordränger zu erwidern. Mit großer Entschiedenheit trat er für die Gesetzesvorlage ein, da sie lediglich die Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen Deutschlands zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung bedeute. Im Anschluß daran machte der Minister hochpolitische Andeutungen, die im Laufe einer nicht geringe Bewegung hervorriefen. Er wies auf die Vorgänge in Osten hin und fuhr wörtlich fort:

„Wir haben im Osten den Krieg, die fortgesetzte Drohung des Übertritts kampfender Truppen. Wir müssen sie entwaften. Aller Macht, über die wir verfügen, bedürfen wir im Osten. Wir haben ferner eine große Gefahr im entgegengesetzten Gebiete des Reiches. Ich will nicht sagen, die Entente beabsichtigt es, aber sie hat ein großes Interesse, durch Deutschland hindurch nach Polen zu gelangen. Wenn sich bewahrheitet, daß diese in besetzten Gebieten Vorkehrungen getroffen werden zur Ueberleitung größerer Ententeinheiten nach dem Kriegsausbruch, dann ist damit eine schwere Verletzung der deutschen Neutralität gegeben. Befestetes Gebiet oder unbefestetes Gebiet, das Gebiet bleibt deutsches Gebiet. Die deutsche Regierung wird die Machtmittel, die sie hat, unbedingt gebrauchen, um die Stellung ihrer erdlichen Neutralität durchzuführen. Ich habe gestern mit dem französischen Geschäftsträger eine sehr ernsthafte Unterredung gehabt über die Frage; sie ist bis jetzt noch nicht erledigt. Ich bitte, alles zu vermeiden, was die Situation irgendwie verschärfen könnte.“

Diese Erklärungen veränderten die parlamentarische Situation mit einem Schlage. Soweit man nach dem ersten äußeren Eindruck urteilen kann, fanden die Äußerungen des Ministers über die unbedingte Ausrückung der deutschen Neutralität und ihre Verteidigung mit allen vorhandenen Machtmitteln die Zustimmung des ganzen Hauses, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, einschließlich der Kommunisten. Die unabhängigen traten sofort an das Präsidium heran und teilten mit, daß sie unter diesen Umständen ihre Obstruktionsabsichten aufgeben und sich nun nicht mehr der glatten Erledigung des Entwaffnungsgesetzes widersetzen würden. Aber sie müßten erwarten, daß der Reichstag in einem solchen kritischen Moment nicht auseinander läuft, sondern einweisen solange zusammen bleibt, bis die außenpolitische Situation völlig geklärt ist. Während dann die Debatte über die Vorlage weiter ging, kam man überein, daß der Vorkommnisse nach der Verabschiedung des Gesetzes sofort zusammentreten sollte, um zu dem Verlangen der unabhängigen Stellung zu nehmen. Die weitere Debatte über das Entwaffnungsgesetz gestaltete sich ganz kurz. Bei der Abstimmung stimmten nur die Unabhängigen, ohne jede Demonstration, und charakteristischerweise auch ein großer Teil der Deutschen dagegen. Die Rechte und die Linke hatten sich wieder einmal gefunden. Die darauf folgende Ansprache über die Arbeitslosigkeit-Interpellation ging unter fast allgemeiner Teilnahmslosigkeit vor sich. Alles wartete gespannt auf den Ausgang der Sitzung des Vorkommnisse und auf eine in Aussicht gestellte weitere Erklärung des Außenministers.

Gegen zwölf Uhr, als der Seniorenpresident zusammentrat, war die Stimmung unter den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien für ein weiteres Zusammenbleiben des Parlaments nicht eben groß. Allgemein trat das Ferienbedürfnis hervor mit dem Wunsch, so rasch als möglich nach Hause zu kommen, um so mehr, als ein Generalstreik der gesamten deutschen Eisenbahner erwartet wird, wenn die Entente tatsächlich Anstalten treffen sollte, die deutsche Neutralität zu verletzen und Truppen durch deutsches Gebiet nach Polen zu dirigieren. Andererseits hielt man auch einen Einmarsch bolschewistischer Truppen in Deutschland für keineswegs unwahrscheinlich, wenn die deutsche

Vertagung des Reichstages bis Mitte Oktober.

Die heutige Reichstagsitzung.

Die Annahme des Entwaffnungsgesetzes.

19. Sitzung, Donnerstag, 5. August.

Am Regierungstische: Fehrenbach, Heinze, Koch, Simons. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes, die infolge des Einspruchs der Unabhängigen erst heute auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.

Die Sozialdemokraten haben ihre Anträge aus der zweiten Lesung wieder eingebracht, wonach ausdrücklich festgesetzt werden soll, daß nur die Reichswehr und die zum Wassertragen berechtigten Beamenschaft von der Ablieferungspflicht befreit sein soll.

Ferner liegt ein Antrag der Regierungsparteien vor, den in der zweiten Lesung getragenen § 9, wonach der Reichskommissar besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben schaffen kann, wieder herzustellen. Nach dem Antrage soll § 9 folgende Fassung erhalten: Der Reichskommissar ist ferner beauftragt, besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben zu schaffen. Bestimmungen über die Ausschließung und Naturalisierung für die Sicherheitspolizei und die anderen von ihm herangezogenen Organisationen zu erlassen, sowie Befolgungen für Mitteilungen, welche der Erlassung von Militärwaffen förderlich sind, und Entschädigungen für abgelieferte Waffen zu bewilligen. Ferner beantragen die Regierungsparteien folgenden neuen § 9a: Der Reichskommissar hat das Recht, die Abgabe eisendastlicher Verkleidungen innerhalb der festgesetzten Frist über Befestigungsarbeiten oder über den Besitz und den Verkehr mit Wasser- oder Munitionslagern allgemein oder im Einzelfalle bei der von ihm zu bezeichnenden Beförderung zu verlangen.

Abg. Rosenfeld (l. Soz.) wiederholt unter allgemeiner großer Unruhe seine Forderungen aus der ersten und zweiten Lesung und erklärt, daß seine Freunde das Zustandekommen des Gesetzes mit allen Mitteln verhindern werden. (Antrage und Zurufe: Obstruktion!)

Außenminister Dr. Simons:

Der Herr Vordränger behauptet, der Frieden von Versailles und das Abkommen von Spa verpflichten uns nicht zur Einbringung einer solchen Vorlage. Das ist unrichtig. Wir haben eine solche Zusage gegeben und eine solche Verpflichtung auf uns genommen.

Wir befinden uns unmittelbar nach einer Revolution, die die staatsrechtliche Verfassung Deutschlands von Grund auf umgestaltet hat. Wir befinden uns hinter einer Gesetzgebung, die mit ungeheurer Geschwindigkeit gearbeitet hat, der ihre Sorgfalt nicht ganz entsprach. Hier aber haben wir eine internationale Pflicht auf uns genommen, die unbedingt erfüllt werden muß und durch irgendwelche Verwaltungstechnische Schwierigkeiten nicht sabotiert werden darf. Deshalb war dies Gesetz unbedingt erforderlich.

Den Reichskommissar als Diktator zu bezeichnen, ist unrecht. Er untersteht der Regierung und der Kontrolle des Parlaments. Das ist nicht die Stellung eines Diktators, sondern eines ausführenden Organs des Parlaments. Ich bitte dringend, daß auch im Interesse der auswärtigen Politik des Reiches die Anträge angenommen werden und das Gesetz verabschiedet wird. Nach seiner Annahme steht der Reichskommissar vor einer außerordentlich schwierigen, gefährlichen Aufgabe. Er wird sie nur erfüllen können, wenn er sich leiten läßt von dem Geiste der unbedingten Parteilichkeit, und wenn er Rücksicht nimmt auf die innere und äußere Lage des Reiches. Wir müssen unsere Machtmittel bis zu einem bestimmten Termin zu einer gewissen geringfügigen Höhe herabgesetzt haben. Nun haben wir im Osten den Krieg, die fortgesetzte Drohung des Übertritts kampfender Truppen. Wir müssen sie entwaften. Aller Macht, über die wir verfügen, bedürfen wir im Osten. Wir haben ferner eine große Gefahr im entgegengesetzten Gebiete des Reiches. Ich will nicht sagen, die Entente beabsichtigt es, aber sie hat ein großes Interesse, durch Deutschland hindurch nach Polen zu gelangen. Wenn sich bewahrheitet, daß bereits im besetzten Gebiete Vorbereitungen getroffen werden zur Ueberleitung größerer Entente-

truppen nach dem Kriegsausbruch, dann ist damit eine schwere Verletzung der deutschen Neutralität gegeben. Befestetes Gebiet oder unbefestetes Gebiet, das Gebiet bleibt deutsches Gebiet. (Zehr richtig!) Die deutsche Regierung wird die Machtmittel, die sie hat, unbedingt gebrauchen, um die Stellung ihrer erdlichen Neutralität durchzuführen. (Zehr richtig!) Ich habe gestern mit dem französischen Geschäftsträger eine sehr ernsthafte Unterredung gehabt über die Frage; sie ist bis jetzt noch nicht erledigt. Ich bitte alles zu vermeiden, was die Situation irgendwie verschärfen könnte. (Beifall.)

Abg. Stelling (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion sieht die Notwendigkeit des Gesetzes in dem Spa-Abkommen begründet. Die Unabhängigen sollten einsehen, daß jeder Arbeitervertreter diesem Gesetze zustimmen muß. Die Arbeiter haben keine Waffen. Das Gesetz kann nur die Reaktionäre treffen.

Abg. Wenz (Bayer. Vp.): Wir stimmen der Vorlage zu.

Abg. Frau Zellin (Komm.): Dieses Ausnahmengesetz ist nach vollster Verlesung nicht ab.

Abg. Vortage (Zentr.): Im der Sozialdemokratie entgegenkommen, ändern wir unseren Antrag zum § 9 dahin, daß wir die Verbindung freilassen, wonach der Reichskommissar besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgabe schaffen kann.

Reichsminister Koch empfiehlt nochmals dringend die Annahme der Vorlage. Die Reichsregierung hat die Frage nicht anerkannt, sondern ausdrücklich erklärt, daß eine solche Organisation dem Abkommen von Spa widerspricht. Vor dem Spa-Abkommen konnte man dazu ja eine andere Stellung einnehmen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Zum § 1 wird ein Koalitionsantrag angenommen, wonach von der Ablieferung der Waffen nur die Reichswehr und die bewaffneten Beamenschaft befreit ist.

§ 9 wird nach dem Antrag Vortage wiederhergestellt. § 9a wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Vor der Gesamtabstimmung gibt namens der deutschen nationalen Fraktion

Abg. v. Galtwitz folgende Erklärung ab: Meine Fraktion wird trotz größter Bedenken, die namentlich gegen die Zulässigkeit eines diktatorischen Erlasses vorliegen, für den Gesetzentwurf stimmen, weil sie der Ansicht ist, daß die Lage der Dinge, namentlich die politische Lage und die der Entente gegenüber in Spa eingegangenen Verpflichtungen die Durchführung der Entwaffnung der Bevölkerung bedingt, und weil sie der Meinung ist, daß Ruhe und Ordnung nur dann hergestellt werden können, wenn die militärischen Waffen aus der Bevölkerung herausgenommen und denen zugeführt werden, die sie den Gesetzen des Reiches entsprechend zu tragen beauftragt sein werden. Ein Teil meiner Freunde wird trotzdem gegen das Gesetz stimmen. (Laut, hört links.) Nicht, weil diese Abgeordneten gegen die Entwaffnung als solche sind, sondern weil das Gesetz nach ihrer Meinung die Gewähr für eine gerechte Abfertigung nicht gibt. Für sie ist die Zulässigkeit der eisendastlichen Verkleidung in den Sitzbestimmungen Vorzügen erfinden, die diejenigen mehr belästigen, die ihr und ihrer Angehörigen Leben und Besitz verteidigen wollen, als diejenigen, die sie zu führen verdrängen. (Beifall rechts.)

In der Gesamtabstimmung wurde darauf das Entwaffnungsgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Deutschnationaler (Dr. Köhde, v. Graefe, Oberjochen usw.) angenommen.

Präsident Löbe teilt darauf dem Hause mit, daß um 1 Uhr der Vorkommnisse zusammenzutreten wird, um über die neue Lage zu beraten. Er kündigt eine neue Erklärung des Außenministers Dr. Simons an. (Bezeugung.)

Vertagungsbeschluß des Vorkommnisse.

Der Vorkommnisse des Reichstages trat heute mittag nachmals zu einer Sitzung zusammen, um die Geschäftsliste zu besprechen. Dem Antrag, wonach der Reichstag infolge der geschilderten politischen Lage weiter verammelt bleiben sollte, wurde nicht entsprochen. Es bleibt vielmehr dabei, daß der Reichstag heute seine Beratungen zum Abschluß bringt und sich bis Mitte Oktober vertagt. Sollten jedoch politische Ereignisse es erforderlich machen, so ist Vorkommnisse getroffen, daß der Reichstag auch jederzeit früher zusammentreten kann.

Regierung auch nur die geringste Verletzung der deutschen Neutralität zulassen sollte. Ueber Nacht könnte dann, sagte man sich, Deutschland zum Kriegsausbruch werden. Der Vorkommnisse trug dieser Forderung der Mehrheitspartei Rechnung und sprach sich für eine Vertagung des Reichstages bis Mitte Oktober aus.

So sehr wir das Ferienbedürfnis der Abgeordneten nach der heißen Sommertagung des Reichstages verstehen können, müssen wir doch sagen, daß wir die fast vierjährige Pause des Reichstages in einem Augenblick, wo sich die Dinge überaus zuspitzen, für geradezu verhängnisvoll halten. Wenn der Reichstag auch dem Kabinett ausdrücklich die Vollmacht geben sollte, unbedingt die Neutralität Deutschlands zu wahren, so würde die Position des Außenministers in seinem Auftreten der Entente gegenüber bei jedem Schritt einen ganz anderen Nachdruck bekommen, wenn er sich in jedem Stadium der Entwicklung der Zustimmung sämtlicher Parteien ohne jede Ausnahme gewiß weiß und dies immer von neuem vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommt. Die Entente und die freizügigen Mächte im Osten dürfen keinen Augenblick im Zweifel darüber gelassen werden, daß das gesamte

Volk in dieser Frage geschlossen hinter der Reichsregierung steht. Es ist unbegreiflich, daß der Reichstag in demselben Fehler verfallt, wie sein Vorgänger aus der vorrevolutionären Zeit, und aus Saumlage und Ruhebedürfnis immer dann nicht verammelt sein will, wenn Deutschlands Schicksal auf dem Spiele steht. Die Zustimmung des Vorkommnisse, daß Vorkommnisse dafür getroffen sei, die Abgeordneten jederzeit wieder aufzusammensuchen, ist, wenn tatsächlich ein allgemeiner Streik der Eisenbahner proklamiert werden sollte, nicht gerade überzeugend und beruhigend.

Französische Truppentransporte durch Oberschlesien.

Kattowitz, 5. August. (D. A.)

Bei der hiesigen Eisenbahndirektion ist ein geheimer telegraphischer Befehl der internationalen Kommission eingelaufen, wonach am 8. und am 12. August verschiedene Sammelzüge mit französischen Mannschaften, und zwar in den Stärken von 800,